

Antworten SPD auf die Wahlprüfsteine der Volkssolidarität Berlin

1. Für mehr gesellschaftliche Teilhabe

*Wie steht Ihre Partei zu dem Ziel der Schaffung eines **Berliner Altenhilfestrukturegesetzes**? Welche politischen Erwartungen verknüpfen Sie damit? Wie wollen Sie die Bezirke finanziell aufwerten, damit diese Daseinsvorsorge aufgebaut und gelebt wird?*

Bisher werden die zentralen Handlungsfelder der Altenhilfe für Senats- und Bezirksverwaltungen in §71 SGB XII geregelt. Allerdings sind die in diesem Zusammenhang zu erbringenden Leistungen bislang keine Pflichtaufgaben. Dieses soll durch eine entsprechende gesetzliche Regelung sichergestellt werden. In ihrem 7. Altenbericht forderte die Altenberichtscommission die Bundesregierung auf, die kompetenzrechtlichen Voraussetzungen für ein Leitgesetz zur Stärkung einer **Politik für und mit älteren Menschen** zu prüfen und zu klären. Die Berliner SPD setzt sich für eine Bundesratsinitiative zur Schaffung eines solchen Leitgesetzes ein. Bleibt eine Bundesratsinitiative erfolglos, wird sich die Berliner SPD für ein **Altenhilfestrukturegesetz für das Land Berlin** einsetzen. Ziel unserer Initiative soll sein, dass die älteren Berliner:innen so lange wie möglich in ihrer gewohnten Umgebung leben können, dort wo sie sich heute zuhause fühlen. Dafür sehen wir folgende Schwerpunkte vor: Gesundheit und Pflege, Wohnen und Wohnumfeld, Mobilität und Verkehr, ehrenamtliches Engagement und Teilhabe, Bildung und lebenslanges Lernen sowie Digitalisierung und digitale Teilhabe.

*Welche Voraussetzungen will ihre Partei schaffen, um zu gewährleisten, dass die Berliner Seniorinnen und Senioren bei der **Digitalisierung** (z.B. Einführung digitaler Impfausweis, online Terminvereinbarungen) eine gleichberechtigte Chance der Teilhabe am gesellschaftlichen Wandel erhalten? Auf welche Weise wollen Sie die Berliner Verwaltung in diese Aufgabe einbeziehen und darauf einstellen? Wie steht ihre Partei zur Beibehaltung anderer Zugangs- und Überbrückungsmöglichkeiten für Menschen, die aus den unterschiedlichsten Gründen digitalisierte Angebote nicht nutzen können?*

Der 8. Altersbericht der Bundesregierung machte deutlich, dass die fortschreitenden Digitalisierungsprozesse heute mehr denn je das Leben und die gesellschaftliche Teilhabe von Senior:innen prägen. Die Berliner SPD sieht den **Digitalisierungsschub als Chance**, Senior:innen **mithilfe digitaler Technologien ein selbstbestimmtes Leben im Alter** zu ermöglichen. Gerade ältere Berliner:innen können von einer modernen, standardisierten, leistungsstarken und professionell betriebenen IT-Infrastruktur im Land Berlin profitieren, wie zum Beispiel im Bereich **digitalisierter Verwaltungsdienste oder Pflegeangebote**. Unser Ziel ist es daher, die digitale Infrastruktur in unserer Stadt als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge voranzutreiben und mit den digitalen Möglichkeiten das Leben der Menschen, insbesondere der Senior:innen, positiv zu verändern. Dazu gehört auch eine **stabile Internetverbindung in Altenheimen** und Einrichtungen der (Alten-)Pflege. Eine wichtige Voraussetzung für digitale Teilhabe ist die **digitale Mündigkeit aller Bürger:innen**. Denn digitale Angebote können nur dann gleichberechtigt genutzt werden, wenn alle Bürger:innen über die gleichen digitalen Kompetenzen verfügen. Allerdings ist die Mehrheit derjenigen, die noch nicht über ausreichende digitale Kompetenzen verfügen, älter als 60 Jahre. Um eine gleichberechtigte digitale Teilhabe für alle Senioren zu ermöglichen, will die Berliner SPD in der nächsten Legislaturperiode verstärkt auf den **Erwerb digitaler Kompetenzen** achten. Wir brauchen **ein Recht auf digitale Bildung und Weiterbildung für alle Generationen**. Gerade die Berliner Volkshochschulen sind ideale Orte, um digitale Bildung für alle Berliner zu ermöglichen - kostengünstig, barrierefrei, inklusiv. Wir stärken deshalb die **Qualität** und Vielfalt der Bildungs- und Weiterbildungsarbeit der zwölf Berliner Volkshochschulen und legen einen **Investitionsfonds Digitalisierung** in der Erwachsenenbildung auf, der die Stärkung der digitalen Infrastruktur finanziert. Auch den barrierefreien **Aus- und Neubau der Volkshochschulstandorte** werden wir vorantreiben, um gute Bedingungen für **lebenslanges digitales Lernen** zu schaffen. Digitale Verwaltungsangebote

müssen Senior:innen bekannt sein, um von ihnen genutzt zu werden. Deshalb starten wir eine **Werbekampagne für die bestehenden digitalen Verwaltungsservices**, im öffentlichen Raum, in den Bürgerämtern der Bezirke, in den sozialen Medien sowie über die entsprechenden Beratungsstellen. Wir werden dafür sorgen, dass digitale Angebote der Berliner Verwaltung für alle Generationen verständlich und nutzbar sind.

Digitale Teilhabe darf nicht vom Geldbeutel der Senior:innen abhängen. Der Zugang zum Netz muss bezahlbar sein. Für Menschen mit geringem Einkommen werden wir im Bund einen **Sozialtarif für den Netzzugang** schaffen. Gleichwohl setzt sich die Berliner SPD dafür ein, dass **analoge Möglichkeiten und Räume gesellschaftlicher Teilhabe für Senior:innen** erhalten und optimal ausgestattet sind.

2. Für qualifizierte Kindertagesbetreuung

*Wie wollen Sie dieser eklatanten **Ungleichbehandlung der Beschäftigten bei freien Trägern** begegnen? Haben Sie einen Kompromissvorschlag, um diese Benachteiligung der Beschäftigten bei freien Trägern zumindest teilweise auszugleichen? Was halten Sie **bundesweit einheitlichen Standards für gleiche Bildungschancen und Arbeitsbedingungen**? Und wie könnte man diese erreichen?*

Die SPD steht für eine gute, kostenlose, bedarfsgerechte und inklusive Kinderbetreuung. Wir werden deshalb den Kitausbau in Berlin weiter beschleunigen und die Zahl der Erzieher:innen sowohl in der Ausbildung als auch im Beruf weiter erhöhen. Dafür nutzen wir sowohl Landesmittel als auch die zusätzliche finanzielle Unterstützung des Bundes. Im Bund hat sich die SPD das Ziel gesetzt, die **Zahl der Nachwuchskräfte in den erzieherischen Berufen bis 2030 bundesweit zu verdoppeln**.

Die Berliner Kita-Landschaft ist bunt und das soll auch so bleiben. Trotz der erfolgreich durchgesetzten 95%-Refinanzierung für freie und öffentliche Träger sind stetig steigende Kosten (Miete, Betriebskosten, Sachkosten, notwendige Investitionen in Aus- und Neubau etc.) kaum noch zu bewältigen. Deshalb tritt die Berliner SPD dafür ein, die **Trägerbasisfinanzierung langfristig auf 100 Prozent** anzuheben. Zugleich muss sichergestellt werden, dass das Geld auch bei den Erzieher:innen ankommt. Beispielsweise sollen freie Träger nur dann den vollen Finanzierungssatz bekommen, wenn sie ihr Personal mindestens tariflich bezahlen. Eine gleiche Behandlung aller Akteure und ein gemeinsames Vorgehen gegen Sozialdumping und schlechte Arbeitsbedingungen an Kindertagesstätten stärken den Frühbildungsstandort Berlin. Für uns gilt: überall dort, wo wir in Land und Bezirk Verantwortung tragen, wollen wir für gute Arbeitsbedingungen und die Einhaltung des Grundsatzes „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gewährleisten. Deshalb bleibt die Berliner SPD mit den Verhandlungspartnern (LIGA der Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege, dem Paritätischen Wohlfahrtsverband etc.) im Dialog und wird sich für eine weitere Anpassung der Teilentgelte an die allgemein Kostenentwicklung bzw. Entwicklung des TV-L/TVöD sowie die Unterstützung der Träger im Abbau ihres Sanierungsstaus einsetzen.

Wie soll die pädagogische Qualität in Kitas gewährleistet werden, wenn die Zugangsvoraussetzungen immer weiter gesenkt werden?

Der Berliner SPD ist weiterhin wichtig, gut ausgebildete Kräfte für die Berliner Kitas zu gewinnen und zu halten. Gleichzeitig ist angesichts der zu erwartenden hohen Nachfrage in den nächsten Jahren und der sich ständig ändernden Rahmenbedingungen eine kontinuierliche Anpassung der Einstellungsbedingungen nicht nur sinnvoll, sondern notwendig. Die Berliner SPD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass Anpassungen von Zugangsvoraussetzungen nicht zu Lasten der Qualitätsstandards der Berliner Kitas gehen.

3. Für kieznahe soziale Arbeit

Welche Schritte unternehmen Sie, um soziale Projekte und Angebote mit Zuwendungsförderungen, wie Stadtteilzentren, Beratungsstellen der Suchthilfe, Selbsthilfe und der psychosozialen Angebote in den Stadtteilen und Kiezen Berlins vor Verdrängung aus dem umkämpften Wohnungsmarkt durch Kündigungen und Mietpreissteigerungen zu schützen?

Die steigenden Gewerbemieten in Berlin und der lückenhafte Rechtsschutz durch das Gewerbemietgesetz des Bundes stellen eine wesentliche Herausforderung für Berliner soziale Träger dar. Wir wollen daher die landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften in die Lage versetzen, gemeinnützige Kleingewerbe stärker in ihrem Gebäudebestand zu fördern und den Berliner sozialen Trägern mehr Raum zu ermöglichen. Deshalb haben wir 2020 Mittel in Höhe von 3,5 Mio. € bereitgestellt, um gezielt Bauvorhaben von Gemeinschaftswohnungen für soziale Einrichtungen zu unterstützen. Mit dem Förderprogramm erhalten soziale Träger selbst oder Vorhabenträger festgelegte Zuschüsse pro geschaffenen Wohnplatz und pro in der Wohngemeinschaft geschaffenen Dienstzimmer bzw. Betreuerraum. Die Vermietung darf für einen Zeitraum von 25 Jahren ausschließlich an einen Leistungserbringer erfolgen. Um die soziokulturelle Infrastruktur durch Kleingewerbe dauerhaft zu sichern und auszubauen, setzen wir uns auf Bundesebene für die Möglichkeit der Einführung eines **Gewerbemietendeckels** ein. Um Kleingewerbetreibende, soziale und kulturelle Einrichtungen besser vor Kündigung und Mieterhöhungen zu schützen, treten wir im Bund für **neues Gewerbemietrecht** ein.

In welcher Form gedenkt Ihre Partei bei der Bekämpfung von Gewalt an Frauen und Mädchen die Prävention auszubauen, insbesondere auch die Arbeit mit den Tätern?

Mit der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/21 hat die Berliner Landesregierung unter Führung der SPD dafür gesorgt, dass weitere Mittel für den Kampf gegen Gewalt an Frauen und Mädchen im Gleichstellungsetat zur Verfügung stehen. Finanziert werden unter anderem, die **Erhöhung der Zahl von Frauenhausplätzen sowie spezialisierte Beratungseinrichtungen gegen digitale Gewalt, Hate-Speech und Stalking**. Auch wenn Berlin die **Mindestanforderung der Istanbul-Konvention des Europarates erfüllt**, wollen wir die Anzahl der Gewaltschutzambulanzen und Frauenhäuser in Berlin dem Bedarf entsprechend weiter erhöhen. Uns ist wichtig, dass dabei die Barrierefreiheit berücksichtigt wird, damit alle Frauen gut versorgt werden können. Dies betrifft nicht nur Räumlichkeiten, sondern auch die **Betreuung durch geschultes Personal**. Zudem werden wir die Gewaltschutzambulanzen weiter fördern und zusätzliche Mittel für die Öffentlichkeitsarbeit bereitstellen, um sie bekannter zu machen. **Die Vorstellung von Kindern** vor den Gewaltschutzambulanzen wird ebenfalls vereinfacht. Betroffene von häuslicher Gewalt brauchen einen **adäquaten Ersatzraum in Frauenhäusern oder in Zufluchtswohnungen für Frauen**, damit ihr Schutz gewährleistet ist. Bis diese in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen, wird durch unter anderem die Anmietung von Hotelzimmern sichergestellt, dass jede Frau, die Schutz sucht, diesen auch bekommt. In Risikozeiträumen wie den Weihnachtsfeiertagen wollen wir durch solche temporären Anmietungen zusätzlich benötigte Kapazitäten bereitstellen. Polizeibeamte wollen wir hinsichtlich der spezifischen digitalen Gewalt- und Bedrohungsformen verstärkt fortbilden. Zudem werden wir eine entsprechende **Schwerpunkt Abteilung bei der Staatsanwaltschaft** und eine **zentrale Melde- und Beratungsstelle für Opfer** einrichten.

4. Für gute Eingliederungshilfe

Wie wollen Sie die Arbeit in der Eingliederungshilfe, also die Arbeit mit Menschen mit körperlichen und/oder geistigen Einschränkungen, mit einem Budget ausstatten, um diese Mehr- oder Sonderkosten zu decken oder diese refinanzieren zu können? Werden Sie sich dafür einsetzen, dass auch die freien Träger der Eingliederungshilfe ihre Fachkräfte besser entlohnen können, um die Arbeit von Fachkräften bei einem festen Arbeitgeber attraktiver zu machen? Werden Sie für diesen systemrelevanten Bereich ein deutlich und dauerhaft größeres Budget vorsehen? Wie wollen Sie Quereinstiege und Möglichkeiten zur Aufnahme einer Fachkraftausbildung erleichtern, damit wieder mehr Fachkräfte auf dem Markt zu haben sind?

Die Berliner SPD hat sich in dieser Legislaturperiode dafür eingesetzt, das **Gesetz zur Umsetzung der UN-BRK im Land Berlin** auf den Weg zu bringen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wurde dem Senat bereits vorgelegt. Damit wollen wir die **Überwindung des defizitorientierten, medizinischen Verständnisses von Behinderung** zu Gunsten des an der Wechselwirkung mit Barrieren orientierten sozialen Behinderungsbegriffes in der UN-BRK sowie die Stärkung der Rechte von Menschen mit Behinderungen unter anderem anhand der Prinzipien **Nichtdiskriminierung, Teilhabe und Partizipation, Bewusstseinsbildung, Zugänglichkeit, persönliche Mobilität und Zugang zu Informationen** überall wirksam werden lassen. Um diese Ziele in Berlin umzusetzen, ist eine entsprechende Personalausstattung sowohl in den staatlichen Einrichtungen als auch in den freien Trägern unabdingbar. Daher setzen wir uns dafür ein, dass diese eine feste Personalausstattung mit den entsprechenden Sachmitteln erhalten. Dafür werden wir eine attraktive, vergütete und schulgeldfreie Ausbildung schaffen, für mehr Ausbildungskapazitäten an Fachschulen und in den Studiengängen zur sozialen Arbeit und Sonderpädagogik sorgen, mehr Karriereoptionen für die Fachkräfte schaffen und Beschäftigungsverhältnisse anstreben, die eine eigenständige Existenzsicherung ermöglichen. Auf Bundesebene streben wir zudem **allgemeinverbindliche Branchentarifverträge in der Altenpflege und der Pflege von Menschen mit Behinderung** an.

5. Für sichere Pflege

Wie wollen Sie den Beruf konkret so anerkennen und aufwerten, dass mehr Menschen sich dafür entscheiden? Wann und wie wollen Sie Arbeitnehmerinnenüberlassung nicht nur in der Fleischindustrie, sondern auch in der gesamten Pflege in Berlin wirksam unterbinden oder zumindest erschweren?

Ein ausreichendes und gut ausgebildetes Pflegepersonal ist das Rückgrat einer bedarfsgerechten pflegerischen Versorgung. Wir unterstützen **Entlastungstarifverträge** in der Pflege und stehen für eine **bedarfsgerechte Personalbemessung** in den Krankenhäusern. Die landeseigenen Krankenhäuser Vivantes und Charité haben hierbei eine Vorbildfunktion. Die Berliner SPD hat mit dem „**Berliner Pakt Pflege**“ dem spürbaren Fachkräftemangel entgegengewirkt und die Weichen für attraktive Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Berliner Pflegesektor gestellt. Für ein gut ausgebildetes Pflegepersonal werden wir diesen Weg weiterverfolgen und die **Ausbildungszahlen und Studienplätze für alle Gesundheits- und Pflegeberufe deutlich erhöhen und am Personalbedarf orientieren**. Wir werden den **Baustein Gesundheitsberufe in die Berufs- und Studienorientierung** fest verankern und die gestartete **Initiative „Pflege deine Zukunft“** verstetigen. Die Berliner SPD unterstützt Pflegefachkräfte und Beschäftigte anderer Gesundheitsberufe bei ihrem **Kampf für gerechte Bezahlung, gute Arbeitsbedingungen und die Einführung von Tarifbindungen**. In den landeseigenen Krankenhäusern erwarten wir in allen Konzernteilen einen perspektivischen **Stufenplan zur Einführung von Vergütungen nach den Tarifverträgen des Landes oder des öffentlichen Dienstes**. SPD BERLIN 7

Entgeltgrundsätze statt Tarif lehnen wir ab. Darüber hinaus wollen wir die Eingliederung aller Tochterbetriebe mit dem entsprechenden Tarifvertrag des öffentlichen Dienstes prüfen. Im Bund setzt sich die SPD für ein **bundesweites einheitliches Personalbemessungssystem** ein. Ergänzend dazu bringen wir nun eine Regelung auf den Weg, mit der **20.000 zusätzliche Stellen für Pflegehilfskräfte in vollstationären Pflegeeinrichtungen** von der Pflegeversicherung über einen Vergütungszuschlag finanziert werden. Stationäre Pflegeeinrichtungen und ambulante Pflegedienste werden zudem bei coronabedingten Mehrausgaben und Mindereinnahmen weiterhin unterstützt. Unser Ziel ist es, **allgemeinverbindliche Branchentarifverträge** zu schaffen. Wir werden zudem über die Pflegemindestlohnkommission eine weitere **Erhöhung der Mindestlöhne** verfolgen. Gemeinsam mit den Kirchen wollen wir einen Weg erarbeiten, ihr Arbeitsrecht dem allgemeinen Arbeits- und Tarifrecht sowie der Betriebsverfassung anzugleichen. Wir haben dafür gesorgt, dass Pflegeanbieter, die nach Tarif zahlen, diese auch von der Pflegeversicherung refinanziert bekommen. Nun werden wir im Umkehrschluss die **Refinanzierung der Pflegeleistungen an die Geltung von Tarifverträgen binden**.

6. Für nachhaltige Integration

Welche Maßnahmen wollen sie ergreifen, um die frühzeitige Integration u.a. durch Bildung von Kindern und Jugendlichen mit Flucht- und Migrationserfahrung zu fördern? Wie wollen sie herkunftsbedingte soziale Nachteile kompensieren? Was ist ihr Vorgehen um das Bildungssystem, insbesondere die frühe Bildung zu stärken und die Benachteiligten zu fördern? Welche Brücken baut ihre Partei, um benachteiligten Kindern eine Chance auf Bildung und sozialen Aufstieg zu gewähren?

Inklusion und gesellschaftliche Teilhabe sind vor allem eine Frage des Bildungsangebots. Alle Kinder müssen unmittelbar die Möglichkeit erhalten, eine Kita zu besuchen; auch die Schulpflicht gilt unmittelbar für alle Kinder. Wir wollen allen unseren Kindern gerecht werden. Darum müssen wir die Schulen in sozial herausforderndem Umfeld zu den besten unserer Stadt machen. Durch **geschärfte Schulprofile und angemessene Ressourcen** steigern wir die Attraktivität dieser Schulen für alle Familien. Daher stehen wir auch zukünftig zum sozialdemokratischen Ansatz der Ressourcensteuerung hin zu Schulen in schwieriger Lage – egal ob mehr Lehrkräfte, weiteres pädagogisches Personal oder zusätzliche finanzielle Mittel. Wir bauen die „Berlin Challenge“ aus – unser Modell zur Verknüpfung zwischen Ressourcensteuerung und Schulentwicklung. Die Anzahl von Schüler:innen nicht-deutscher Herkunftssprache (ndH-Indikator) ist dabei für uns nicht aussagekräftig. Deshalb ersetzen wir den ndH-Indikator bei der Schulentwicklung durch soziale Indikatoren. Die aktuelle **Brennpunktzulage** soll zudem für Entlastungsstunden für Lehrkräfte eingesetzt und die Klassenfrequenzen möglichst gesenkt werden. So schaffen wir Standorte mit erstklassigen Arbeitsbedingungen und den besten Pädagog:innen dort, wo sie am dringendsten gebraucht werden.

Ein erster Schritt für die Bildungsintegration der zu uns geflüchteten Kinder und Jugendliche ist eine solide **Sprachförderung**: Mehrsprachig aufwachsende Kinder müssen beim Erwerb der deutschen Sprache besonders unterstützt werden. Wir entwickeln aktuelle Instrumente zur Sprachstanderhebung, Sprachlerndokumentation und kultursensiblen Sprachförderung weiter, um insbesondere auf die besondere Bedeutung der Sprachenvielfalt in Berlin besser eingehen zu können. Kitas in schwieriger Lage werden durch Modelle der aktivierenden Elternarbeit mit Sozialarbeiter:innen sowie durch Modelle ehrenamtlicher Sprachpat:innen unterstützt. Wo immer es möglich ist, bauen wir die Angebote der Sprachkitas aus und entwickeln diese zu Familienzentren weiter.